

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 17. September 1932

Nummer 75

Zur tatsächlichen Haltung der Gewerkschaftsfront

Weil die Reichsregierung befürchtete, daß der Reichstag die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September fordern würde, wurde der Reichstag am 12. September auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung aufgelöst. Der betreffende Artikel der Reichsverfassung hat folgenden Wortlaut: „Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt.“ Eine trotzdem vom Reichstag noch durchgeführte namentliche Abstimmung über einen von kommunistischer Seite gestellten Antrag auf Aufhebung der genannten Verordnung in gleichzeitiger Verbindung mit einem Mißtrauensantrag gegenüber der Reichsregierung ergab mit 512 oder 91,6 Proz. von 559 abgegebenen gültigen Stimmen eine in der ganzen Geschichte aller Parlamente der Welt noch nie dagewesene politische Verurteilung eines Regierungsprogramms und der hinter ihm stehenden Regierung. Das verwirrte Gaukelspiel, das infolge parlamentarischer Unfähigkeit des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Goering der jetzigen Reichsregierung diese klägliche Ausfaltung der verfassungsmäßigen Volksvertretung in der jetzigen schweren Zeit allzu leicht machte, sei an dieser Stelle nur anbeutungsweise erwähnt. Aus den Berichten der Tagespresse werden sich unsere Leser inzwischen schon selbst ein mehr oder weniger klares Bild darüber gemacht haben. Aber mag auch die Tölpelhaftigkeit nationalsozialistischer „Politiker“ den geschworenen Feinden jeder Demokratie und freiheitlichen Verfassung der von über vier Fünfteln der Volksvertretung moralisch abgelehnten Reichsregierung die Steigbügel für ihren weiteren Ritt ins uferlose Blaue gehalten haben, die berechtigzte Abwehr der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften gegen Sozialreaktion und weiteren Lohnraub kann und wird dadurch nicht aufgehalten werden!

Bevor jedoch nachfolgend auf die für unsre Gewerkschaftsfront für diesen Abwehrkampf maßgebenden Hauptpunkte eingegangen wird, sei noch festgehalten, daß schon vor der Auflösung des Reichstags der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beim Reichsminister des Innern die Durchführung eines Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 4. September d. J. beantragt hat. Dadurch soll auf dem nach der willkürlichen Auflösung des Reichstags noch allein möglichen verfassungsmäßigen Weg die in der Notverordnung enthaltene Grundlage für den Einbruch in die Tarifverträge, für neuen Lohnraub, die beabsichtigte Zerfällung der Arbeiterschutzeinrichtungen und der Sozialversicherung beseitigt werden. Die in diesem Antrag enthaltene Beschränkung nur auf den sozialpolitischen Teil der Notverordnung macht sich deshalb nötig, weil die übrigen Teile der Verordnung, soweit sie den Reichshaushaltsplan und die Steuererlasse betreffen, nach der Reichsverfassung seinem Volkssouverän unterstellt werden können. Würde dies trotzdem gefordert, so ergäbe sich daraus für die Regierung ein bequemer Anlaß, die Durchführung des Volksbegehrens aus formalen Gründen abzulehnen. Nach unsrer Ansicht ergäbe sich aus diesem Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht für die kommunistische Partei Deutschlands, sich auf den gleichen Boden zu stellen. Dadurch könnte sich die unter den jetzigen Umständen am so nötiger gewordene Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft mit zweifelloser noch besserer Durchschlagskraft auswirken. Leider wurde aber inzwischen schon von kommunistischer Seite die Parole ausgegeben, die

doch nur in der Reichsverfassung bedingte Beschränkung des beantragten Volksbegehrens sei „üblicher Betrug“, weil nicht auch die den Unternehmen in der Notverordnung zugesicherten Steuererlasse dem beantragten Volksbegehren unterstellt werden sollen. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß diese Parole vom größten Teil der kommunistisch denkenden Arbeiterschaft nicht als aller Weisheit letzter Schluß beurteilt werden dürfte, sondern noch rechtzeitig in die richtige und vernünftige Linie einer gemeinsamen Abwehrfront der deutschen Arbeiterschaft gebracht werden könnte. Denn es wäre ein unverantwortliches Verschweigen an der Arbeiterschaft, wenn schon dieser zweite Anlaß einer politischen Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft an solchen unüberlegten parteipolitischen Quertreibereien scheitern würde!

Nun ist aber auch ohne dies der verfassungsmäßige Weg eines Volksbegehrens leider viel zu umständlich, um davon in kürzester Frist eine heilsame Wirkung gegenüber den heutigen Machthabern im Staat und zunächst mehr als eine abermalige einseitige Verurteilung der in der Notverordnung enthaltenen Ungerechtigkeiten gegenüber der deutschen Arbeiterschaft zu erwarten. Außerdem ist zu befürchten, daß selbst eine zweite Absage des Volkes an den arbeitserfeindlichen Geist der Notverordnung die jetzige Reichsregierung immer noch nicht davon überzeugen würde, daß ohne eine gerechtere Bewertung der deutschen Arbeiterschaft weder eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft, noch eine Festigung staatlicher Verbundenheit möglich sein könnte. Dazu ist die jetzige Reichsregierung viel zu sehr in privatkapitalistische und arbeiterschädliche Gedankengänge verstrickt; sie scheint schon von Hause aus gar kein Verständnis dafür aufbringen zu können, welche ungeheuren und unerträglichen Opfer sie der gesamten deutschen Arbeiterschaft mit dem sozialpolitischen Teil ihrer Notverordnung zumutet. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als daß die deutsche Arbeiterschaft selbst, und zwar auf dem Boden gewerkschaftlicher Solidarität und Disziplin, die Voraussetzungen dafür schafft, daß ihr diese Opfer nicht auferlegt werden können. Und dazu haben die durch den Bundesausschuß der freien Gewerkschaften Deutschlands am 9. September („Korr.“ Nr. 74) festgelegten tatsächlichen Richtlinien den zur Zeit einzig möglichen Weg gezeigt. Sie zielen keineswegs darauf ab, die gegenwärtige politische Fieberkrise in eine gewalttätige Lösung hineinzutreiben. Sie wollen und sollen im Gegenteil die letzten Möglichkeiten bieten und erschöpfen durch manhaftes und besonnenes Verhalten eines jeden Mitgliedes der freien Gewerkschaften, ob noch in voller Arbeit stehend, in kaum noch erträglicher Kurzarbeit oder völliger Arbeitslosigkeit, allen räuberischen Ausbeutern der menschlichen Arbeitskräfte zu beweisen, daß weder mit Gewalt noch Hunger fruchtbar Arbeit geschaffen oder geleistet werden kann; und daß Sozialreaktion und Lohnraub dort ihre natürliche Grenze auch in Deutschland finden, wo die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr als gleichberechtigte Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft, sondern als Staatsbürger zweiter Klasse und Lastträger auf die unterste Grenze einer primitivsten Lebenshaltung herabgedrückt werden soll. Der ideale Gedanke, daß es deutschen wie überhaupt höheren menschlichen Kulturvolkern aufs tiefste widerspricht, daß dieser Klassenkampf von oben mit dem Begriff echter nationaler Gestaltung etwas gemein haben könnte, schweigt unsre Gewerkschaftsfront gerade unter diesem Druck reaktionärer Wirtschaftsführung von innen und außen nur noch um so fester zusammen. Diese Gesinnung, die weit über alle deutschen Landesgrenzen hinweg einem natürlichen Gefühl der Gleichberechtigung mit allen

Kulturvolkern der Erde entspricht, kann und wird es nicht zulassen, daß die deutsche Arbeiterschaft innerhalb des eignen Volkes minderen Rechtes und Wertes sein soll, als z. B. das deutsche Untermertum, dessen heutiger unverantwortlich übersehener Produktionsapparat im Gegensatz zu seiner tatsächlichen Wertbarkeit der eckelanteste Beweis für seine, wenn auch ungewollte Unfähigkeit ist, die Arbeitserträge deutschen Geistes und deutscher Arbeit vernünftig und allein zu verwerten.

Weil dem so ist und es seit Entstehen der ersten Gewerkschaften im großen und ganzen nie anders gewesen ist, stehen die deutschen Gewerkschaften auch im heutigen innerpolitischen Wirrwarr als wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterschaft an jener Stelle, wo gegenüber harten Pflichten aller deutschen Volksgenossen auch entsprechende Rechte gefordert werden müssen, wenn überhaupt noch mit sittlichem Recht von der Tatsache einer sich selbst tragenden deutschen Volksgemeinschaft gesprochen werden kann und darf. Daher empfinden es auch alle Mitglieder der freien Gewerkschaften mit Recht als eine Beleidigung ihrer Menschenswürde, wenn ihrer Hände Arbeit nur der Profit- und Herrschaft jener Kreise dienen soll, für die die Notverordnung vom 4. September nur Entlastungen vorsieht, während die Arbeiterschaft nur noch weitere Lasten auf dem Gebiet der Arbeitszeit, der Entlohnung und der Sozialversicherung auf sich nehmen soll. Wenn schon infolge der unverantwortlich kurzfristigen Innen- und Außenpolitik und Wirtschaftsführung der bisherigen Besitzer der Produktionsmittel ungeheure Milliardenwerte deutscher Arbeitserträge teils völlig versackt, teils zum größten Teil wertlos geworden sind, und dadurch viele Millionen arbeitsfähiger und williger Hände zur Arbeits- und Erwerbslosigkeit verdammt worden sind, so ist es mehr als genug, wenn die deutschen Gewerkschaften mit der Forderung auf Arbeitsstreckung durch obligatorische oder gesetzliche Einführung der vierzigstündigen Woche gleichzeitig eine dementsprechende Berringerung des Lohnes zugunsten der Wiedereinreihung ihrer bisher arbeitslosen Volks- und Berufsgenossen in den Produktionsprozess über sich ergehen lassen wollen. Das darüber hinaus aber im Sinne der Verordnung vom 5. September noch eine weitere Lohnherabsetzung für die 31. bis 40. Wochenstunde ertragen werden und den Unternehmern neben den an für sich schon hohen Einstellungsprämien außer den allgemeinen Steuererleichterungen auf Kosten der Gesamtheit zuteil werden soll, das ist weder volkswirtschaftlich noch gewerkschaftlich zu verantworten. Volkswirtschaftlich deshalb nicht, weil die dadurch bedingte weitere Schrumpfung der Kaufkraft das Gegenteil einer Gesundung der Wirtschaft nach sich ziehen muß; gewerkschaftlich nicht, weil damit eine unerträgliche Schmälerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft droht, die jede Freude an der Arbeit erstickt und auch den Zweck des Lohnopfers aus der Arbeitsstreckung für die neuinzustellenden Arbeitskolonnen insofern vereitelt, als es gänzlich ausgeschlossen ist, daß auf diesem Weg eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erzielt werden könnte. Denn wenn dies möglich wäre, so hätten schon die bisherigen Arbeitszeit- und Lohnsenkungen derartige Erfolge bringen müssen. Was aber trotz aller ideellen und materiellen Opfer der Arbeiterschaft nicht der Fall ist, sondern, wie von den Gewerkschaften schon seit Jahren vorausgesehen, infolge der immer schwächer gewordenen Kaufkraft der großen Masse die Wirtschaft immer tiefer herab geföhrt hat.

Aus allen diesen Gründen bleibt daher nichts anderes übrig, als daß überall, wo in den nächsten Wochen den Personalan einzelner Betriebe ein prozentualer Abzug vom Tariflohn für die 31. bis 40. Wochenstunde nach § 7 der „Verordnung zur Ver-

mehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5. September („Korr.“ Nr. 73 vom 10. September) zugemutet wird, entweder auf dem Verhandlungsweg durch die Betriebsvertretung oder durch andere Vertrauensmänner der Personale sowie durch alle sonst zweckdienlich erscheinenden und zulässigen Maßnahmen in den Betrieben dieser Lohnabzug abgewehrt wird. Wo noch eine mehr als vierzigstündige Arbeitszeit in Frage kommt, ist vor entsprechender Festabhebung der Arbeitszeit selbst nach der Notverordnung überhaupt kein Abzug vom Tariflohn zulässig. Wo aus besonderen Gründen, die nur auf dem Boden einer kollektiven Verständigung innerhalb der betreffenden Personale festzustellen sind, eine andre Regelung als zweckmäßig anerkannt wird, ist unbedingt darauf zu achten, daß die dadurch ermöglichte Einstellung von Arbeitslosen auch nicht nur teilweise umgangen wird; daß ferner diese Mehrereinstellung durch genaue Anpassung der Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters im Rahmen der verkürzten und minderbezahlten Arbeitszeit praktisch gesichert wird und bleibt. Würde darauf im Fall einer auch von Arbeiterseite anerkannten Lohnsenkung aus § 7 Ziffer 2 der Notverordnung nicht streng geachtet werden, so würde dies nicht nur eine unerantwortliche Schädigung der arbeitslosen durch die arbeitenden Kollegen, sondern auch eine ebenso unmoralische wie ungesetzliche Bereicherung des betreffenden Unternehmers bedeuten. Wollen sich in solchen Fällen die politischen Väter dieser Notverordnung nicht als Stützen rücksichtslosster Profitgier mißbrauchen lassen, so werden sie genötigt sein, solche privatkapitalistischen Rechenstücken zu einer ersten Angelegenheit gewissenhafter Strafrichter zu machen!

Nicht minder kritisch ist der zweite Teil dieser Verordnung, der der „Erhaltung gefährdeter Betriebe“ dienen soll, von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus zu beurteilen und zu behandeln. Es soll danach durch Ermächtigung des Schlichters gestattet sein, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze ohne Änderung des Arbeitsvertrags bis zu 20 Proz. zu unterschreiten. Da infolge eines technischen Fortschritts in dem diesbezüglichen Leitartikel in Nr. 73 der für diesen Teil besonders wichtige § 8 der Verordnung vom 5. September nicht mit veröffentlicht wurde, sei er an dieser Stelle nachgetragen und besonderer Beachtung empfohlen:

§ 8

- (1) Der Umfang der zulässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über 20 Proz. der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze hinausgehen.
- (2) Die Festsetzung erfolgt auf Antrag; antragsberechtigigt sind der Arbeitgeber und jede Vertragspartei des Tarifvertrags.
- (3) Vor der Entscheidung ist den Antragsberechtigigten Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung ist ihnen und, falls dem Antrag ganz oder teilweise stattgegeben wird, dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat, schriftlich bekanntzugeben.
- (4) Im Fall der Ermächtigung ist der Zeitpunkt festzustellen, mit dem sie wirksam wird. Die Ermächtigung kann befristet werden. Nach der Ermächtigung kann Ermächtigung Gebrauch, so hat er davon der Besetzung durch Aushang an deutlich sichtbarer Stelle des Betriebes Kenntnis zu geben. Dabei sind die ermäßigten Lohn- und Gehaltsätze anzugeben. Die Ermächtigung tritt bei Arbeitern frühestens mit Beginn des auf den Tag des Aushanges folgenden Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten frühestens mit Beginn der auf den Tag des Aushanges folgenden Monatshälfte in Kraft.
- (5) Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Änderung der Verhältnisse seine Entscheidung abzuändern oder aufzuheben.

So ungeheuerlich die in diesem Teil der Verordnung enthaltene Untergrabung des Tariflohns auch erscheinen mag, so bieten doch die Bestimmungen des § 8 sehr wesentliche Hemmungen, die einer willkürlichen oder leichtfertigen Ausbeutung dieser Möglichkeiten in der erforderlichen gewerkschaftlichen Abwehr eingeseift werden können. Insbesondere die Ziffern 2 und 3 bieten der Tarifvertragspartei auf Arbeiterseite Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß zunächst einmal festgestellt wird, auf wessen Schuld die Gefährdung des Betriebs zurückzuführen ist und ob der Antragsteller berechtigten Anspruch für seine Zustimmung an die Arbeiterschaft nachweisen kann. Diese Sicherungen, die unter Umständen zu einer scharfen Prüfung sogenannter Geschäftsgeheimnisse auch nach der materiellen Seite hin führen müssen, werden es wahrscheinlich nur zu ausnahmeweiser Inanspruchnahme dieser wirtschaftlichen Weiterverzögerung kommen lassen. Im allgemeinen wird auch auf gewerkschaftlicher Seite die Stellungnahme zur Sanierung derart gefährdeter Betriebe, die sich nur noch mit Hilfe von Hungerlöhnen aufrecht erhalten können, darauf gerichtet sein müssen, daß sie nicht zu einer Gefährdung gesunder Betriebe führen und deshalb besser von der Bildfläche verschwinden als auf solch doppelte gefährlichem Boden noch weiter Anhalt anzurichten. Für das

Buchdruckergewerbe wird man in dieser Frage von vornherein annehmen können, daß solche Betriebe auch bei etwaiger voller Zubilligung solcher „Lohnfontoerleichterungen“ auf die Dauer nicht mehr existenzfähig und daher auch nicht berechtigt sein dürften, und daß der Schlichter, der sich trotzdem dafür einsetzen würde, nur den Konkursverwalter ersuchen könnte. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch darauf hinweisen, daß die Gesamtrage der Notverordnung vom 4. September und der damit zusammenhängenden Vollzugsverordnung vom 5. September für das deutsche Buchdruckergewerbe aus organisatorischen, beruflichen, preis- und lohnrechtlichen Gründen sowohl in ihrer Anwendungs- wie Wirkungsmöglichkeit ein viel zweifelhafteres Problem darstellt als für die meisten anderen deutschen Industrie- und Gewerbegebiete. Das wird sogar aus maßgebenden Kreisen des Deutschen Buchdrucker-Vereins offiziell dadurch bestätigt, daß bei dem am 7. September im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen vor dem Sonder-Schlichter über die Lohnbestimmungen des Hilfsarbeitertarifs es von den Prinzipalvertretern laut „Zeitschrift“ Nr. 66 vom 13. September noch als sehr fraglich bezeichnet wurde, „ob und in wie weit das Buchdruckergewerbe Vorteile aus der neuen Notverordnung ziehen kann!“ Man scheint also jetzt schon bezüglich der Wertbarkeit der Notverordnung im deutschen Buchdruckergewerbe in Prinzipalstreifen mit nicht wenigen und wirksamen Hemmungen zu rechnen. Auch gibt es, noch abzuwarten, welche Möglichkeiten durch die bei Abschluß dieser Nummer noch nicht veröffentlichten, aber schon angekündigten weiteren Durchführungsvorschriften des Reichsarbeitsministers zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gegeben sein könnten.

Trotzdem glauben wir der Kollegenchaft im allgemeinen empfehlen zu müssen, sich in dieser Frage weder von Schwarzsehern noch von Optimisten beeinflussen zu lassen. Wo es gilt, ihren arbeitslosen Kollegen in vernünftiger und erträglicher Weise zu helfen und sie nicht verzinsen zu lassen, haben die deutschen Buchdrucker bisher schon in geradezu muster-gültiger Weise alles getan, was in ihren Kräften stand. Was angesichts der widerspruchsvollen Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit in gleicher Richtung zu tun ist, haben wir vorstehend mit aller gegenwärtig „gesetzlich“ noch zulässiger Deutlichkeit gesagt und angedeutet. In diesem Rahmen ist es eben erregt eine Rolle mehr und ernstere als je zuvor in den letzten zwanzig Jahren Gelegenheit gegeben, persönlich zu beweisen, daß Kollegialität und Solidarität im Verband der Deutschen Buchdrucker kein leerer Wahn sind, sondern ein alle materiellen Nöte überragendes Postulat gewerkschaftlicher Schlichtergemeinschaft, das seine Kraft keineswegs allein in den heute aufs äußerste angespannten Unterstützungseinrichtungen des Verbandes zugunsten unserer arbeitslosen und inaktiven Kollegen findet, sondern dort, wo Unternehmervilligkeit und diktatorische Herrschaftsgelüste glauben, sich über die einfachsten Lebens- und Kulturinteressen der deutschen Arbeiterschaft hinwegsetzen zu dürfen. In diesem Sinne werden die deutschen Buchdrucker im Rahmen der tattischen Haltung der Gewerkschaftsfront gegenüber einer von neun Zehnteln der Volksvertretung im Deutschen Reichstag politisch entworfenen Notverordnung sicher nicht die schlechtesten Frontkameraden der deutschen Arbeiterschaft sein!

Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft

In der das Wirtschaftsaufbauprogramm der Reichsregierung antizipierenden Rede des Reichsfinanzlers bezeichnete er die Arbeitslosigkeit als das zentrale Problem Deutschlands, das nur durch eine Wiedererhebung der deutschen Wirtschaft und ihrer Träger, also Landwirtschaft und Industrie, zu lösen sei. Als erste Voraussetzung für die Wiedererhebung der Wirtschaft betrachtet der Reichsfinanzler die verständigste Förderung des Binnenmarktes. Die Reichsregierung lehne den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie ab, weil Deutschland auf seine Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern nicht verzichten könne und jede Arbeitsmöglichkeit ausnützen müsse, die ihm der Auslandsmarkt biete.

Das scheint sehr vernünftig gesprochen! Doch steigen sofort erhebliche Bedenken auf, wenn der Reichsfinanzler unmittelbar darauf betont, daß die Grundlagen der Ernährung im Binnenland gesichert werden müssen und diese nur auf der Herstellung der Rentabilität beruhen, weshalb sich die Reichsregierung grundsätzlich zu einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekenne und daßgehende Beschlüsse gefaßt habe. Diese Äußerungen können kaum als die Antikipation einer Abkehr von der bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik aufgefaßt werden! Das um so weniger, als der Reichsfinanzler die aus der Wirtschaftsschrumpfung entstandene Not nicht etwa auf die verhängnisvolle Abnahme der deutschen Kaufkraft, sondern auf das Absinken der Preise zurück-

führt. Desgleichen geht auch das Wiederaufbauprogramm der Reichsregierung dahin, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung durch erneuten Lohnabbau weiter herabzusetzen.

Wohin eine solche Wirtschaftspolitik führt, können wir aus ihren bisherigen Ergebnissen deutlich beobachten. Die einseitige, auf den Erfolg der Landwirtschaft und Industrie abgestellte deutsche Zoll- und Handelspolitik ist nicht ohne entsprechende Wirkungen geblieben. Unter ihrem Einfluß ist der deutsche Außenhandel beträchtlich zurückgegangen. Er beträgt gegenwärtig nur noch rund ein Drittel des Handelswertes vor drei Jahren. Während noch im Jahr 1929 die deutsche Ausfuhr im Monatsdurchschnitt 1124 Mill. M. auswies, ist sie im ersten Halbjahr 1932 auf 486 Mill. M. gesunken. Im Juli d. J. betrug sie sogar nur noch 432 Mill. M. Eine entsprechende Abnahme zeigt auch der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Versorgung Europas, die für die deutsche Exportindustrie einen höchst bedeutsamen Faktor darstellt. Besonders deutlich ergibt sich das aus den Auswirkungen dieser Handelspolitik bei den Handelsstaaten und Dänemark, wo englische Waren immer stärkeren Eingang finden, während die deutsche Ausfuhr abnimmt. Angesichts dieser Entwicklung muß man fragen, was eigentlich alle Arbeitsbeschaffungspläne nützen sollen, wenn diese Wirtschaftspolitik nur wieder zur erneuten Freisetzung von Arbeitskräften führt?

Schon lange vor dem Krieg ließ sich feststellen, daß die industrielle Entwicklung in den alten Industrieländern der Welt zu Abschlagswertigkeiten führte. Der Weltmarkt erfuhr eine immer stärkere Einengung, ein Abel, dem man durch die Erwerbung von Kolonien zu begegnen suchte. In dieser Richtung war besonders England tätig. Ziemlich spät suchte man auch in Deutschland diesem Beispiel zu folgen, um so eine Bezugsquelle für Rohstoffe sowie eine erweiterte Absatzbasis zu gewinnen. Der Ausgang des Krieges hat diese Pläne zunichte gemacht. Darüber hinaus haben sich die Verhältnisse weiter zugelegt. Das Entstehen neuer Industrieländer verdrängte die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und führte zur gegenseitigen Absperrung der einzelnen Staaten durch Aufrichtung kaum noch überlegbarer Zollmauern. Das war ein weltwirtschaftlicher Widerinn, dessen Bekämpfung aber bis jetzt noch keine wesentlichen Erfolge aufzuweisen hat. Im Gegenteil nehmen die Bestrebungen auf Herbeiführung einer internationalen und nationalen Autarkie, d. h. einer binnenwirtschaftlichen Selbstversorgung, immer mehr zu. Auch in Deutschland, wo die nationalitätlichen Parteien für ihre Durchführung eintreten.

Für die Industrieländer, zu denen auch Deutschland gehört, ist die Einführung einer nationalen Autarkie unmöglich und ein grösster Unfuh! Das geht ohne weiteres für Deutschland daraus hervor, daß seine industrielle Erzeugung weit über den Verbrauch seiner Bevölkerung hinausgewachsen ist. Es muß einen wesentlichen Teil dieser Erzeugnisse ausführen, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe einzukaufen. Schon im Jahr 1913 hatte es eine Einfuhr von 11,6 und eine Ausfuhr von 10,8 Milliarden Mark. Diese Ziffern haben sich in den Nachkriegsjahren von 1925 an wenig verändert. Noch 1930 betrug die Einfuhr 10,8, die Ausfuhr 12,6 Milliarden Mark. Erst im Jahr 1931 trat ein Rückgang der Einfuhr auf 6,8, der Ausfuhr auf 9,6 Milliarden Mark ein. So erheblich dieser Rückgang auch ist, so zeigen doch diese Zahlen noch immer, wie wenig Deutschland die Ausfuhr entbehren kann und wie verhängnisvoll eine Politik wäre, die eine weitere Verminderung der Ausfuhr zur Folge hätte.

Noch klarer geht diese Tatsache aus den Feststellungen der Friedrich-Liße-Gesellschaft über die Abschlagsbederung der industriellen Reproduktion hervor. Hiernach entfielen im Jahr 1931 von dem Gesamteinkommen der Industrie 30,4 Proz. auf die Ausfuhr, von dem Einkommen der Landwirtschaft 5,3 Proz. und von dem Einkommen von Großhandel und Verkehr 10,1 Proz. Berechnet man hiernach die Gesamtzahl der in diesen Wirtschaftszweigen Beschäftigten, so stellt sich heraus, daß in der Industrie für die Ausfuhr 4,10 Millionen, in Großhandel und Verkehr zusammen 4,37 Millionen Erwerbstätige arbeiteten. Die Familienangehörigen eingerechnet, lebten im Jahr 1931 rund 9,7 Millionen, das ist ein Sechstel der deutschen Bevölkerung, von der Ausfuhr.

Die Verfechter der Autarkiebestrebungen können diese Tatsachen nicht bestreiten. Sie werden von ihnen auch nicht geleugnet, wohl aber geben sie vor, für Deutschland keine Autarkie, sondern lediglich eine Einschränkung der Einfuhr und damit eine Förderung des Binnenmarktes herbeiführen zu wollen. Als Ziel ihrer Bestrebungen bezeichnen sie aber die nationale Wirtschaft. Das kommt auf das gleiche hinaus, wie u. a. die Pläne des Herausgebers der Zeitschrift „Die Tat“, Ferdinand Fried, erkennen lassen. Fried will die im Jahr 1931 auf 6,8 Milliarden aufgenommene deutsche Einfuhr auf 2,7 Milliarden herabsetzen. Das soll in folgender Weise geschehen: Herabdrückung der Lebensmitteleinfuhr von 2000 auf 550 Mill. M., der Fertigwareneinfuhr von 1225 auf 150 Mill. M. und der Rohstoffeinfuhr von 3500 auf 2000 Mill. M. Ähnliche Vor schläge werden auch von anderer Seite gemacht. Wie ernst sie genommen werden müssen, geht aus dem angekündigten Wirtschaftsaufbauprogramm der Reichsregierung hervor. Hiernach will die Reichsregierung die Einfuhr kontingentieren. Diese soll also noch mehr, als es bisher durch die Schutzzölle gescha, gedrosselt werden. Auch hier wird die Förderung des Binnenmarktes als Ziel bezeichnet, um besonders der Landwirtschaft bessere Absatzverhältnisse zu schaffen. Es ist jedoch stark zu bezweifeln, ob diese Absicht gelingt.

Gegen eine vernünftige Regelung der Binnenwirtschaft ist nichts einzuwenden. Sie ist sogar als notwendig angu-

sehen und findet ihre Rechtfertigung in der kapitalistischen Entwicklung, die in steigendem Maße auf die Selbstversorgung der Völker hindrängt. Selbst die Kolonien und die bisher agrarischen Länder gehen mehr und mehr zur industriellen Selbstversorgung über, so daß der Weltmarkt nur noch beschränkte Erweiterungsmöglichkeiten aufweist. Dennoch wäre es falsch, diese außer acht zu lassen und zu vernachlässigen. Wir brauchen eine Ausfuhr, um die für die Industrie notwendigen Rohstoffe, die zum erheblichen Teil im Inland nicht erzeugt werden können, zu erhalten und zu bezahlen. Außerdem besteht eine gewisse internationale Arbeitsteilung weiter, aus der wir uns nicht ausschalten dürfen. Auf jeden Fall ist eine Förderung des Binnenmarktes zugunsten einiger Wirtschaftsgebiete zu bekämpfen! Eine Hauptaufgabe dieser Förderung muß darin bestehen, den Binnenmarkt entsprechend der technischen Vervollkommnung der Industrie wie der Landwirtschaft aufnahmefähiger zu gestalten. Das kann in wirksamer Weise nur durch die Stärkung der Kaufkraft, durch Erhöhung der Löhne und Einkommen der breiten Volksmassen geschehen, die zur Steigerung der Lebenshaltung und Weckung neuer Bedürfnisse führen.

Die Antarktibestrebungen in Industrie und Landwirtschaft, als auch die Absichten der Reichsregierung zielen auf das Gegenteil ab. Kommen letztere in der angelegentlichsten Weise zur Durchführung, so würde sich daraus eine einseitige Begünstigung der industriellen und agrarischen Produzenten ergeben. Die Einfuhrzölle in Verbindung mit der vorgezeichneten Herabdrückung der Löhne hätte eine noch schlimmere monopolistische Ausbeutung der Arbeiter und Verbraucher zur Folge, als sie bisher schon mittels der durch die Schutzzölle unterstützten Preispolitik der Kartelle zum Schaden des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft betrieben wurde. Daß man eine solche Wirkung zu befürchten hat, geht aus der freudigen Zustimmung hervor, die das Wiederkaufprogramm der Reichsregierung in den industriellen und großagrarischen Kreisen findet. Man wittert dort neue Gewinnmöglichkeiten! Von einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, einer Abschwächung der Krise und einer Umänderung der Arbeitslosigkeit könnte unter solchen Umständen keine Rede sein. Die deutsche Arbeiterschaft muß daher verlangen, daß die bisherige Wirtschaftspolitik keine Fortsetzung findet, sondern eine Umgestaltung in dem Sinne erfährt, um der Gesamtheit des Volkes zu dienen. Von der Regierung der Barone ist jedoch die Erfüllung dieser berechtigten Forderung kaum zu erwarten. * * *

Planlosigkeit im Buchhandel

Die „Frankfurter Zeitung“ machte kürzlich in recht temperamentsvollen, weitbeglückendsten Ausführungen dem deutschen Buchhandel den schweren Vorwurf der völligen Planlosigkeit in seiner Produktionsweise. Der Verfasser jener heftigen Kritik verkennt durchaus nicht die Schwierigkeiten, unter denen heute ein Berufsweig zu leiden hat, der nach kaufmännischen Grundrissen mit Waren handelt, die als Kulturgüter anzusehen sind. Unter Hinweis auf die Entschleunigung, die auf der diesjährigen Hauptversammlung der deutschen Buchhandelsunternehmer gegen den Abbau der Kulturetats des Reiches, der Länder und der Gemeinden angenommen worden ist, sagt der Verfasser mit Recht: „Die Verleger können, wie die Buchhändler, ihre Geschäftsförderung, die zuerst die von Kaufleuten sind, zu den Sorgen der Öffentlichkeit machen. Mehr als irgendwelche andern Produzenten. Ein Land, in dem die literarische Produktion der Dichtung, der Wissenschaft,



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Schumann in Leipzig
Eingetreten: 19. September 1882 — Jetzt Juvallit



der Technik nur noch ein Abenteuer ist, ein solches Land lebt in Gefahr. Kulturelle Reaktion und kulturelles Absterben, die sich in einem solchen Zustand sofort breit machen, schwächen auf Jahrzehnte den Volkstörper. Die geistige „Pauperlei“ wirkt sich allgemein aus, politisch und wirtschaftlich.“ Der deutsche Lehnmittelverlag, der ja ein sehr wichtiger und bedeutender Zweig des deutschen Verlagswesens ist, wurde durch den amtlich verordneten Kulturbau in erster Linie betroffen. Andre, für Schulung und Pflege des Geisteslebens wichtige wissenschaftliche Verlagsunternehmen, die für ihre Funktion als Herausgeber von umfangreichen Werken oder Gesamtausgaben keinerlei Subventionen erhalten, leiden unter der Ungunst der Verhältnisse außerordentlich. Und doch gibt es noch genug Gebiete im Buchverlag, die von Produktionsfehler befallen zu sein scheinen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemängelt in diesem Zusammenhang als ein Beispiel die Goetheliteratur, die anlässlich des sogenannten Goethejahres 1932 im Verlauf von nur wenigen Monaten erschienen ist. Über 100 Bände und Broschüren sind es bereits. Bis zum Herbst mag sich die Zahl, vielleicht schon verdoppelt haben. „Beigehat man sich diesen Stolz, von Bänden und Broschüren, fast einen das Grauen. Das wimmelt von überflüssigen Spezialitäten, von sinnlosen Duplikaten, von schrulligen, aber kostspieligen Absonderlichkeiten, von einem Durcheinander, das den Namen einer kompletten Planlosigkeit verdient.“ Und, so möchten wir zu dieser Meinung des Kritikers hinzuzufügen, nach Jahr und Tag beim Altbuchhändler, auf dem Bücherfahnen oder beim Makulaturkäufer endet.

Professor Dr. G. Meng ging auf die Kritik der „Frankfurter Zeitung“ in einer seiner Betrachtungen „Zur Wirtschaftslage“ im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ ausführlich ein. Annumwandten gibt er zu, daß man über einige Mängel reden könne. Vielleicht ließe sich z. B. eine Änderung der Verlagsankündigungen im Buchhändler-

Börsenblatt herbeiführen, die nach Ansicht des Kritikers von Superlativen trocken. Aber was die schwer gerügte Planlosigkeit anbetrifft, da kommt Professor Meng zu einer klaren Ablehnung: „Der Verfasser jenes Artikels sollte sich auch nicht im Unklaren darüber sein, daß eine Beschränkung der Überproduktion durch eine von Organisations wegen durchzuführende Planwirtschaft Utopie ist. Das heißt die Einkaufsmöglichkeiten des Börsenvereins und des Deutschen Verlegervereins überschätzen und ihnen eine Aufgabe zuzumuten, die sie im Zeitalter der Gewerbefreiheit niemals zu lösen vermögen, die auch ihre Kompetenz überschreitet.“ Ja, ist es nicht immer das gleiche Lied? An der individualistischen und privatkapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise soll nicht gerüttelt werden. Freilich, dort, wo die Unternehmer in starken Syndikaten, Kongernen und Trusten zusammengeschlossen sind, da fühlen sie sich weber durch die Gewerbefreiheit noch durch die Volksmeinung daran gehindert, die Produktion zu erhöhen oder zu verringern, wie es eben gerade ihr Möglichkeitsstandpunkt gebietet. Es ist doch wahrlich keine Übertreibung, wenn wir sagen, daß sich jede Fehlanlage von Kapital und sonstigen Produktionsmitteln unter den obwaltenden Notverhältnissen auf die Gesamtheit des deutschen Volkes nachteilig auswirkt. Wenn die Weisheit der Wirtschaftskapitäne zu Ende ist, dann darf der gütige Staat mit diesen Subventionen einspringen, die natürlich zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Dem Staat wird aber damit noch lange kein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Möchten doch auch die Buchhändler und Verleger beherzigen, daß sie mit ihren Mitteln recht vernünftig umgehen müssen, damit nicht aus literarischen Liebhabereien gar schnell literarische Makulaturhaufen werden. W. R.

Korrespondenzen

Bielefeld. Amre B e r s a m m l u n g am 21. August besaß sich in ihrem Hauptpunkt mit einer Beitragserhöhung zwecks Einführung einer Sonderunterstützung für gänzlich Ausgesteuerte. Nachdem Vorstand und Vertrauensmänner sich bereits mit dieser Angelegenheit befaßt hatten, sprach sich auch die Versammlung für eine örtliche Sonderunterstützung der gänzlich ausgekehrten Kollegen von 4 M. monatlich aus. Es ist damit allerdings eine Erhöhung des Ortsbeitrags um 25 Pf. auf 65 Pf. erforderlich. Von allen Sprechern zu diesem Tagesordnungspunkt wurde betont, daß man diese Unterstützung für unbedingt erforderlich halte, da diese Gelder den bedauernswertesten Opfern der Wirtschaftskrise zufließen, meinten aber auch, daß hier eine zentrale Regelung erforderlich sei, um eine gleichmäßige Unterstützung aller Ausgesteuerten zu erzielen. Folgende vom Vorstand angeregte Entschleunigung, die dem Verbandsvorstand zugestimmt werden soll, wurde von der Versammlung gutgeheißen: „Die gut befaßte Versammlung beschloß, den vollständig Ausgesteuerten durch Erhebung eines Sonderbeitrags von wöchentlich 25 Pf. eine monatliche Beihilfe von 4 M. zu gewähren, mit der höchste Not etwas zu lindern und die Verbindung mit der Organisation aufrechtzuerhalten. In den Verbandsvorstand wird das Ersuchen und die dringende Bitte gerichtet, Mittel und Wege zu suchen, die unsere gänzlich Ausgesteuerten die Gewährung einer wenn auch nur geringen laufenden Unterstützung auf zentraler Grundlage zu ermöglichen unter Aufhebung derartiger jetzt schon bestehenden örtlicher Einrichtungen. Vertrauen auf die bei dem größten Teil unser Mitglieder stets vorhandene Kollegialität und Opferwilligkeit wird dem Verbandsvorstand eine entsprechende Lösung dieser schwierigen Frage keine Unmöglichkeit sein. Ausgesprochen und Beschlußfassungen über diese wichtige Angelegenheit in den Mitgläuberversammlungen aller Ortsvereine dürften dem Verbandsvorstand die nötigen Unterlagen geben.“

Der ewige Trommler

„Wer? Ein großer Mann? Ich sehe immer nur den Schaulustler seines eignen Ideals.“
Friedrich Nietzsche.

Die Massen, die heute auf das Hakenkreuz schwören, werden einmal Abstand gewinnen zu der Zeit, die wir jetzt durchleben. Dann mögen sie sich verwundert fragen, wie sie in den Strudel der nationalsozialistischen Müt geraten konnten. Sie werden sich diese Frage wohl um so eindringlicher stellen, je mehr sie sich an die Gestalt eines Hitler erinnern werden, in dem sie gegenwärtig die Verkörperung eines alles überragenden Staatsmannes erblicken.

Hitler ein Politiker von Format, ein Führer, als den er sich von einer fanatisierten, tritilllosen Masse feiern läßt? Ein Demagoge, der gerissenste und streupollste Demagoge, den die deutsche Geschichte kennt, Agitator und nur Agitator, das ist Hitler. Seine Partei ist ins Riesenhafte gewachsen, während er selbst der Trommler blieb, als der er die politische Bühne betrat. Um mehr zu sein als Agitator, schloß Hitler neben Verantwortungsgewißheit vor allem der notwendige Mut zur politischen Initiative.

Berüht Hitler nicht über das notwendige Wissen, um das propagandistische Schlagwort durch ein sich geschlossenes, auf die Wirklichkeit eingestelltes sozialpolitisches Programm zu erheben, der Nationalsozialistischen Partei ein tiefe und tiefstes theoretisches Fundament zu schaffen, auf dem sich der Nationalsozialismus mit seinen Widersachern dialektisch auseinandersetzen und zugleich seine Gefolgschaft politisch zu schulen vermögte, hat er also nicht die Fähigkeit, zu i b e r z e u g e n, so hat er doch in seiner Beredbarkeit das Mittel, zu f o r t z u s e t z e n. Nach einem Wort Bismarcks, „ist es im ganzen nicht schwer, den deutschen Pflichten zu Außerungen nationaler Erregtheit hinzuzureichen. In jeder Versammlung ist... eine sonore Stimme und blühende Phrasen ausreißend“. Weibes, eine sonore Stimme und blühende Phrasen weiß Hitler meisterhaft zu

gebrauchen, eine rattenfängerische Werbemethode vervollständigt Hitlers politisches Erfolgssystem.

Nicht was, wie er spricht macht Hitlers Erfolg aus. Er hat das Talent des geborenen Demagogen, im Fluge die jeder Situation entsprechende, zündende Formulierung zu finden. So fasziniert Hitler, wenn er spricht, er über an, wenn er statt des gesprochenen Wortes das geschriebene gebraucht. Wie alle Schriftsteller, die nichts zu sagen haben, findet er kein Ende. Nicht in seinen Reden, in denen er, mit geringen Veränderungen, stets das gleiche wiederholt, in seinem Lebensbuch „Mein Kampf“ offenbar er seinen wahren Charakter. „Hier schreibt er aus dem Schwall seiner Bildung“. Heher ohne revolutionären Schwung, Prediger ohne ethische Gut, Lehrer mit erhobenem Finger, Meißender in Patriotismus.“ (Fritz von Unruh).

Und doch vertrauen diesem Mann Millionen, glaubt die Masse seiner Gefolgschaft mit geradem religiöser Inbrunst an seine sogenannte Sendung. Wodurch, durch welche Tat hat Hitler erwiesen, daß er dieses unbegrenzte Vertrauen je realisieren könnte? Wir kennen nur eine Leistung, die ihm jene Getreuen nachsahen: er habe die nationalsozialistische Partei „aus dem Boden gestampft“, sagen sie, und das genügt ihnen offenbar, um in ihm den Säkularmenschen zu sehen, deshalb glaubt man im nationalsozialistischen Lager, daß er ebenso virtuos, wie er die Werbetrommel zu schlagen versteht, den Marschallstab führen könne.

Zeiten allgemeinen Elends sind Zeiten der politischen Propheten, die aus der menschlichen Verzweiflung für ihre eignen, egoistischen Zwecke Kapital zu schlagen versuchen. Hitler hat sie alle überflügelt. Er verstand es, die Menschen an sich glauben zu machen, ohne den Nachweis zu erbringen, daß er über genügend Fähigkeiten und politischen Verstand verfügte, um sie aus ihrer Not herauszuführen. Es gelang ihm, indem er den Massen, an die er sich wandte, statt klar umrissener Ideen, bei denen darzustellen wäre,

was im einzelnen unter ihnen zu verstehen ist, Illusionen gab, die der einzelne, gleichviel welcher gesellschaftlichen Schicht er auch angehören mochte, je nach Phantasie und Temperament ausschmücken konnte. „Der deutsche Mensch wird wieder geschaffen. Ein Volk, das das dritte Jahrtausend gestalten wird.“ In dieser Art verheißt Hitler die bessere Zukunft. Unter solchen Phrasen kann man sich gar nichts, aber auch alles vorstellen. Hier kommt es auf den Menschen an, der sie hört und aufnimmt. Daß er sie aufnimmt, dafür hat Hitler sein eigenes Rezept.

In seinen Memoiren „Mein Kampf“ plaudert Hitler einiges über seine Werbemethoden aus. Ein Passus, der voll auf genügt, den Charakter Hitlers, aber auch die Mentalität seiner Gefolgschaft zu zeichnen, ist dieser:

„In all diesen Fällen (der Agitation) handelt es sich um Beeinträchtigung der Willensfreiheit des Menschen... Morgens und selbst tagsüber scheinen die willensmäßigen Kräfte des Menschen sich noch in höchster Energie gegen den Beschluß der Aufzwingung einer fremden Meinung zu sträuben. Abends dagegen unterliegen sie leichter... es wird nun leichter gelingen, Menschen zu gewinnen, die selbst bereits eine Schwächung ihrer Widerstandskraft in natürlichster Weise erfahren haben, als solche, die noch im Vollbesitz ihrer geistigen und willensmäßigen Spannkräfte sind.“ (S. 531 f.)

Das ist klar und deutlich gesagt. Die Eignung zum Nationalsozialismus steht im ungetehrten Verhältnis zur Urteilskraft des einzelnen. Verstand und Vernunft sind, wenn überhaupt in Funktion, bis zum völligen Stillstand auszuhalten. Dann erst ist der notwendige Reifegrad erreicht. Zur Charakterisierung der Methode aber genügt ein Wort: Bauernfängerei.

Soniel über den Trommler, dem es gelang, durch „eine sonore Stimme und blühende Phrasen“, in Verbindung mit

Dortmund. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen uns dazu, in diesem Jahr die traditionelle Feier des Johannistages ausfallen zu lassen. Als Ersatz dafür fand unsere Versammlung am 20. August in Brünninghausen statt. Vorsitzender Kälte ließ die Kollegen nebst Angehörigen herzlich willkommen. Den Auftakt der Versammlung bildete das ehrende Gedächtnis für drei verlebte Kollegen aus unserm Ortsverein. Der Jahresbericht des Verbandsvorsitzenden wurde zum eifrigsten Studium empfohlen, weil dieser in organisatorische und gewerkschaftliche Maßnahmen tiefgründige Einblicke vermittelt. Bei der anschließenden Jubiläumsergung dankte Kollege Kälte drei Kollegen für 40jährige und 20 Kollegen für 25jährige Treue zur Organisation. In geselligem Beisammensein bei Musik, Gesang und Tanz blieben die Teilnehmer bis zu vorgerückter Stunde beisammen. Gesangsarbeiten und Solovorträge des Kollegengesangsvereins „Typographia“ verließen der Veranstaltung ein festliches Gepräge.

Hamburg. (Maschinenseher.) In unsrer diesjährige Wanderversammlung hielten wir am 28. August in Elmshorn ab. Während die Damen unter Führung einiger Elmshorner Kollegen einen Rundgang durch die Stadt machten, verbunden mit einer Besichtigung der Meierei und der Großgärtnerei von Hoffmann, traten die Kollegen zur Versammlung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Natho des verlebten Kollegen Harden, der lange Jahre aktiv im Interesse des Verbandes und der Sparte tätig war. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Von den eingeladenen auswärtigen Vereinen waren u. a. vertreten der Schleswig-Holsteinische Maschinenseherverein durch seinen Vorsitzenden Kollegen Cohen (Kiel), der Ortsverein Elmshorn sowie Kollegen aus Itzehoe. Alle wurden vom Vorsitzenden Natho aufs herzlichste begrüßt. Kollege Kolenbaum (Elmshorn) begrüßte die Tagung und wünschte ihr einen guten Verlauf. Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß die Zahl der Erwerbslosen wieder im Ansteigen begriffen sei, als Folge der beendeten Ferienzeit. Die von der Wergenthaler Schmalzfabrik eingegangenen Prospektive über die neuen technischen Erzeugnisse wurden mit Interesse entgegengenommen. Der Zusammenfluß der Brünnerberger Kollegen zu einer Ortsgruppe wurde begrüßt. Auf der von den Bezirks Kiel und Itzehoe einberufenen Tagung technischer Art am 25. September soll der Verein durch zwei Kollegen vertreten werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Resolution des Mürittembergischen Maschinensehervereins verlesen, die sich mit den sanitären Anlagen in Schmalzfabriken und den bevorstehenden Verhandlungen über die tariflichen Sonderbestimmungen beschäftigt. Die Resolution fand auch in unsrer Versammlung nach eingehender Aussprache Annahme. Augenblicklich sind die Unternehmer am Ort wieder drauf und dran, den durch Notverordnung und „freiwillige“ Vereinbarung in den Betrieben ausgesetzte Herabgesetzten Lohn noch weiter abzubauen. Eine große hamburgische Tageszeitung schreut zu diesem Zweck, nicht davor zurück, daß für ihren Betrieb außerhalb des Betriebs herstellbar zu lassen, und das, aller Wahrscheinlichkeit nach, noch von Nichtfachleuten! Durch „Vereinbarungen“ haben die Kollegen auch diesen neuen Lohnabbau zu vermeiden. Der Jahresbericht über das zweite Quartal wies einen verhältnismäßig guten Bestand auf und wurde gutgeheißen. Es referierte dann Kollege Krupe, unser Bleichmann, über Bleichwand usw. In interessanten Ausführungen behandelte der Referent alle das „Wut“ der Schmalzfabrike betreffenden Fragen und erntete verdienten Beifall. — Zur gemeinsamen Mittagstafel trafen sich dann die Kollegen wieder mit ihren Damen. Ein Spaziergang durch den idyllisch angelegten Stadtpark und den Rosengarten wurde nach dem Mittagessen unternommen. Die gemeinsame Kaffeetafel und anschließendes Tanzfröhchen im Tagungslokal waren dazu angetan, noch einige Stunden in echter Kollegialität zu verbringen. Auch an dieser Stelle sei

nicht veräumt, den Elmshorner Kollegen Dank zu sagen für die gute Vorbereitung der Tagung und Aus schmückung des Lokals.

Koblenz. Am 28. August fand in Boppard a. Rh. unsre zweite Bezirksversammlung statt, die von etwa 180 Kollegen besucht war. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Eisner, insbesondere an den zweiten Gauvorsitzer Zette, erfreute der Gesangverein „Gutenberg“ Koblenz die Versammlung durch den Vortrag eines Chores. Nach der Ergrung eines verstorbenen Kollegen aus Neuwied und dem Ausschluß eines Mitgliedes aus Oberlahnstein gab der Vorsitzende unter „Mitteilungen des Vorstandes“ bekannt, daß bei einem Mitgliederstand von 478 an Erwerbslosen 173 vorhanden seien. Er kam auf die letzten Mantelstariferhandlungen zu sprechen, die der Kollegenschaft weitere Verschlechterungen gebracht hätten. Dann wurde über den Antrag des Bezirks Düsseldorf, einen außerordentlichen Gautag abzuhalten, verhandelt. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde der Antrag Düsseldorf abgelehnt. Auf Antrag des Ortsvereins Oberstein-Idar beschloß die Versammlung, jedem Kollegen für 20jährige Mitgliedschaft die silberne Nadel zu verleihen. Der Ortsverein Neuwied hatte folgenden Antrag eingebracht: „Der Gau Rheinland-Westfalen wolle eine Sonderunterstützung für die gänzlich ausgeschulten, langjährig arbeitslosen Kollegen einzrichten, ähnlich wie es in anderen Gauen schon lange besteht.“ Nach eingehender Aussprache wurde der Antrag abgelehnt. Nachdem der Kassensbericht erledigt war, hielt Kollege Zette sein Referat: „Unsre Ausgaben nach der Wahl.“ In etwa ein-

Nur wer den Bericht unsres Verbandes über das Jahr 1931 aufmerksam gelesen hat, ist zuverlässig unterrichtet über Wert und Kraft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

kündigen trefflichen Ausführungen erläuterte er die Aufgaben, die wir auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet zu erfüllen haben. Zur gegenwärtigen politischen Lage übergehend, schilderte Redner den Entwicklungsgang der NSDAP, streifte die Verhältnisse im schaftlichen Stalten, und sein Mahnruf, allen Zerlegungsabsichten durch die Eisner Front zu begegnen, Klang aus in dem Bekenntnis: „Unter die Welt, trotz alledem. Den auswärtigen, in der Versammlung anwesenden erwerbslosen Kollegen wurden je 1,50 M. und den einheimischen je 1 M., vier Durchreisenden je 2 M. als Gehalt bewilligt. Die übrige Tagesordnung war schnell erledigt, und nachdem der Gesangverein „Gutenberg“ unter dem Beifall der Versammlung noch zwei Mal wieder zu Gehör gebracht hatte, fand diese ihren Abschluß.

Königsberg i. Pr. (Handseher.) Die zweite Vorstanderversammlung untrer Gauvereinigung fand am 14. August hier statt. Kollege K. K. o. h. e. eröffnete die Tagung mit begrüßenden Worten. Als Gäste nahmen teil Kollege F. Breuß (Altenstein), vom Gauvorstand Kollege S. Reiner und als Vertreter des Ortsvorstandes Kollege D. Hube. Wenn auch die gegenwärtigen unsicheren Verhältnisse es fragwürdig erscheinen lassen, derartige Veranstaltungen zu treffen, so dürfen wir trotzdem in unsrer Kleinarbeit — in der Hoffnung auf bessere Zeiten — nicht erlahmen. Inverantwortlich ist daher auch die von den Elbinger Kollegen betriebene Auflösung der dortigen Vereinigung. Die Agitation in der Provinz hatte den Erfolg, daß am 28. Juni die Braunsberger Handsehervereinigung gegründet werden konnte, der sich am 18. Juli 1930 Heiligenbeil angliederte; Seinerdiswalde schloß sich Tilsit an und auch in Allenstein werden wir in dieser Beziehung etwas erreichen, trotz der Gegenarbeit anderer Berufsgruppen. Die Arbeitslosigkeit kann nur, wie wir es bereits

auf unsrer Konferenz 1930 verlangten, durch gezielte Verfürzung der Arbeitszeit ohne Lohnminderung (Zinslagewoche) herabgemindert werden. Dann streifte der Vorsitzende kurz die Königsberger Bewegung im Frühjahr 1931. Die Versuche, die wir nach dem Muster einer andern Vereinigung zur Bekämpfung des Maternausstufes unternommen haben, blieben leider erfolglos. Es wäre zu erwägen, ob von Verbandsseite etwas in dieser Beziehung unternommen werden könnte, leiden doch alle Sparten unter diesem Anflug. § 3 Ziffer 7 führte auch in unserm Gau zu einigen Differenzen. Über den Stand der Kasse gab der Kassierer, Kollege M. S. t. a. n. e. h. i., Bericht, und damit können wir sehr zufrieden sein. In der Diskussion verurteilten die Kollegen K. e. i. s. n. e. r., H. u. b. e., K. e. i. c. h. die Handlungsweise der Elbinger Kollegen und führten aus, daß die Kollegen vom Eintritt in die Sparte sofortige Vorteile erwarten und dabei verkennen, daß nur durch gemeinsamen Zusammenfluß Erfolge erzielt werden können. Kollegen Reiner und Hube bezweifelten den Erfolg der Bekämpfung des Maternausstufes, findet doch sogar der Austausch von Matern zwischen den Arbeiterbrudereien statt. Dagegen konnte Kollege Reiß von guten Ergebnissen in Tilsit berichten. Die Berichte der Ortsgruppen zeigten ein wenig erfreuliches Bild. Haben auch die Vorstände der einzelnen Vereinigungen sich Mühe gegeben, das Vereinsleben abwechslungsreich zu gestalten, so war die Teilnahme der Mitglieder an den Veranstaltungen nicht immer befriedigend. Die große Arbeitslosigkeit lastet wie eine Geißel auf der gesamten Arbeiterklasse. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen hielt Kollege W. Z. i. f. f. u. s. ein Kurzreferat über „Handsehervereinigung und Erfordernisse der Zeit“, das eine rege Diskussion auslöste. Zum Punkt „Anträge“ wurde ein Antrag der Handsehervereinigung Braunsberg-Heiligenbeil angenommen, dieser Ortsgruppe wegen ihrer schlechten Verhältnisse Geschäftsdrucksachen aus Mitteln der Gauvereinigung zu beschaffen. In Verbindung damit soll gleichzeitig ein Wettbewerb in der Vereinigung ausgeschrieben werden. Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, die Zentralkommission zu ersuchen, die bereits im „Rorr.“ erschienenen Besammlungsberichte nicht auch noch im „Handseher“ zu veröffentlichen, sondern diesen freizubehalten. Der Antrag zur Publizierung uns interessierender Artikel zu verwenden. Bei dieser Debatte kam auch zum Ausdruck, daß die „Mitteilungen“ der Zentralkommission in den Händen der Vorstände äußerst wichtiges Material bedeuten. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß unser bewährter Mitarbeiter und Mitbegründer untrer Vereinigung, Kollege P. W. e. b. e. r., durch Eintritt in den Invalidenstand zwar aus dem Vorstand geschieden ist, aber nach seiner Versicherung auch in kommenden Zeiten mit dem Herzen bei unsrer Sache sein wird. Kollege K. a. d. a. u. (Braunsberg) regte an, den „Sprachwart“ unserm „Handseher“ beizulegen. Auf Eruchen versprach der Kollege K. e. i. s. n. e. r. weitestgehende Unterstützung in der Provinz. Dann machte der Vorsitzende, die Arbeit in den Vereinigungen nicht zugehen zu lassen; er gab einige Referenten und Vorträge bekannt, die uns in Königsberg aus für die Provinz fast kostenlos zur Verfügung stehen. Vor allem ist gute Verständigung zwischen Gauvereinigung und Ortsgruppen, erforderlich. Durch. Kollegen. K. a. d. a. u. (Braunsberg) wurde dem Vorstand des Gaues der Dank der Ortsgruppenvorstände für die geleistete Arbeit überbracht. Kollege K. o. h. e. dankte für die anerkennenden Worte und versprach, auch fernherhin alles zu tun, was im Interesse der Sparte und des Verbandes liegt. Mit einem Hoch auf Handseherpartie und Verband schloß der Vorsitzende die Konferenz gegen 4 Uhr. — Gemeinsam besuchten wir dann die Befestigungsanlage der „Eisernen Front“ im Königsberger Zergarten, wo wir im Freundeskreis noch einige Stunden zusammenblieben. Der beste Dank sei noch ausgesprochen der Büchergilde Gutenberg (Berlin), der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Berlin), der Bauernschaft Götterei (Frankfurt am Main), der Schriftgießerei J. Bertold W. G. (Berlin), der Schriftgießerei W. G. (Dresden) und der Schule Reimann

einer raffiniert auf die menschlichen Schwächen abgestimmte Werbemethode, den sozialen Widerspruch, den antikapitalistischen Groll der verzerrten gesellschaftlichen Zwischenschichten aufzufangen und sich dienstbar zu machen. Doch wo blieb die Erfüllung all der, in ihrer Zielsetzung sich vielfach widerlaufenden Bestrebungen, durch die Hitler die Herzen einer gläubigen Gefolgschaft zu bewegen verstand, die er in verwegene Blütenräume wiegte und die nunmehr erwartungslos, allmählich auch ungeduldig darauf wartet, daß sich das Dritte Reich endlich erfüllen möge.

An wiederholten Anläßen zu „entscheidenden Taten“ ließ es Hitler nicht fehlen, bei deren Vollzug die Nationalsozialistische Partei freitlich über den ersten Anlauf nie hinauskam. Die verschobenen Termine, zu denen der „Endsieg des Nationalsozialismus“ jeweils festgesetzt war, mußten stets verschoben werden, wenn der angesagte Tag herankam. Letzter Termin: der 13. August, „Historische Stunden“, jubilierte die nationalsozialistische Presse. In ihnen erlebte Hitler in höchster Form eine entscheidene Abfuhr. Der Versuch, die zahlreichsten Kräfte der nationalsozialistischen Wählererschaft in reale politische Macht umzuwandeln, war Hitler wiederum mißlungen. Hat der Trommler mit Auszeichnung bestanden, so ist der Führer erneut mit Glanz durchgefallen. So gesehen, kann der 13. August vielleicht doch noch als historischer Tag in die deutsche Geschichte eingehen. Freitlich im umgekehrten Sinn als es der nationalsozialistische Führerkreis erhofft hatte.

Dabei vollzog der Verächter von Parlament und Demokratie die „entscheidenden“ Maßnahmen der nationalsozialistischen Bewegung“ — mit Ausnahme jener Minderener Buchfondierte, bei der er sich ein wenig die Finger verbrannte und so das Feuer der Illegalität zu fürchten gelernt hatte — samt und sonders auf dem Boden der Befassung. Freitlich nicht, weil er gewillt wäre, Verfassung und Gesetz zu respektieren, sondern weil er die Konse-

quenzen fürchtet, die ihm aus einer Verletzung der durch sie gezogenen Grenzen erwachsen könnten.

So erklärt sich die tiefe Klut, die sich zwischen dem wortgewaltigen Kraftpropheten und den ängstlich, taftend vollen „Taten“ Hitlers aufst. Hitler, der die Diktatur, also die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit erstrebt, er, der das demokratische Mehrheitsprinzip verachtet, weil die Mehrheit der Zahl, wie er durch einen in seinem Lebensbuch „Für immer“ wiedergelegten Grundsatz offenbarte, „in jeglicher Form und unter allen Voraussetzungen erfahrungsgemäß die Repräsentantin der Dummheit und Feigheit sein wird“ (Seite 677), macht seine politischen Entscheidungen von wiederholtem Befragen eben dieser „Dummheit und Feigheit“ abhängig, wagt nicht den unablässig verpropheten Schritt zur positiven politischen Leistung, ehe seine Partei nicht über die verachtete Majorität der Zahl, über die berühmten 51 Proz. der Wählerstimmen verfügt.

Hier erweist sich die Maßlosigkeit der schonungslosen Charakterzeichnung eines italienischen Erzfaschisten, des Experten des faschistischen Staatsreiches, C. M. a. l. a. p. a. r. t. e., der Hitler als „eine dürftige Mart Mussolinis“ zeichnet, als „einen Schwächling, der mit der Wacke der Brutalität seinen Mangel an Energie, seine Schwäche, seine krankhafte Selbstsucht und Dunkelhaftigkeit verdeckt“. Eine dürftige Mart Mussolinis! In der Tat, denn was wäre Hitler ohne dieses Vorbild? Ohne eigene selbstschöpferische Intuition, ist Hitler bemüht, sich seiner Idealfestigkeit zu nähern, indem er sie — nachzuahmen versucht. In geradezu sklavischer Abhängigkeit von seinem römisch-welchen Meister, übertrug Hitler die faschistische Willkür Mussolinis ins Deutsche, wobei er lediglich die Farbe der Symbole wechselte, führte er die welsche, dem berühmten „deutschen Wesen“ so gar nicht entsprechende Grußform der alten Römer in Deutschland ein, baute er sich in seinem Münchener Brauen Haus einen Saal der Senatoren und

forderte nunmehr gar vom Reichspräsidenten, selbst nicht nötig genug, den „Marck auf Berlin“ zu wagen, die diktatorischen Maßbefugnisse, die Mussolini nach dem Marck auf Rom güteten — möchte er sich also zum Mussolini e. n. e. n. e. lassen —, um nun auch noch, nach dem Musterfatale des italienischen Faschismus, die faschistischen Herrschaftsmethoden der brutalen Gewalt in Deutschland zur Anwendung bringen zu können.

Manch ehemaliger Anhänger des deutschen Faschismus hat Hitlers politisches Unvermögen und das wahre Wesen des Nationalsozialismus erkannt. Einige unter ihnen sprachen ihre Erkenntnisse aus. Einer dieser Enttäuschten, der Nationalrevolutionär Ernst Rickisch, schrieb folgendes:

Der Byzantinismus wird wieder wach, und zwar abermals vor einem weichen, haltlosen und richtungslosen Mann, der, nur dürftig hinter Säuleneingebänden versteckt, erkennen läßt, wach armfelliger Spielball der Ereignisse er ist.

Und dieses:

Der Nationalsozialismus ist kein Anfang — er ist ein Ende. Er ist der Ausklang der wilhelminischen Zeit... Die wilhelminische Zeit liegt im Verdrängen; der Nationalsozialismus ist die Summe ihrer Fieberphantasien, in der sie wirrt und heiß ihr Dasein rückwärtend überflücht... Schließlich noch dieses:

Faschistischer Nationalismus ist nur nationalstiftende Fassade... Er ist denaturierter Nationalismus für deutsche Haustiere, die noch darauf haften, den Schein der Wildheit zu wahren.

Das Schicksal des Nationalismus wird davon abhängen, wie lange die nationalsozialistischen Massen noch dem ewigen Trommeln Hitlers folgen werden, der noch zu beweihe hat, ob er seine Willkürgefollchaft weit auf die verheißene Schicksalswende verdröffen kann, ohne sie endlich herbeizuführen. R. W.-r. (Berlin).

